

# Vollzugsverordnung zum Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsverordnung)

Vom 4. Dezember 2006 (Stand 1. Januar 2026)

---

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn  
gestützt auf Artikel 79 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986<sup>1)</sup>, § 31 Absatz 3 des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz) vom 6. Juni 1993<sup>2)</sup> das eidgenössische Bürgerrechtsgesetz (BüG) vom 29. September 1952<sup>3)</sup> und die eidgenössische Zivilstandsverordnung (ZStV) vom 28. April 2004<sup>4)</sup>

beschliesst:

## 1. Zuständigkeiten und Verfahren

### § 1 Zuständigkeiten

<sup>1</sup> Der Regierungsrat ist zuständig

- a) zur Verleihung des Kantonsbürgerrechtes (Art. 82 Abs. 1 Bst. f KV);
- b) zur Zuweisung eines Findelkindes (§ 4 Bürgerrechtsgesetz)<sup>5)</sup>;
- c)\* zur Nichtigerklärung einer Einbürgerung (Art. 36 Absatz 3 BüG)<sup>6)</sup>;
- d)\* zur Erhebung von Beschwerden nach Artikel 47 Absatz 2 BüG.

<sup>2</sup> Das Departement ist zuständig

- a) zur Verleihung des Kantonsbürgerrechtes an Schweizer Bürger und Bürgerinnen (§ 13 Bürgerrechtsgesetz);
- b)\* zur Antragstellung an die Fachkommission Bürgerrecht (§ 16 Bürgerrechtsgesetz);
- c)\* für Meinungsäusserungen nach Artikel 25 Absatz 1 und Artikel 29 Abs. 1 BüG;
- d) für die Entlassung aus dem Kantonsbürgerrecht (§ 24 Bürgerrechtsgesetz);
- e)\* für die Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht nach Artikel 37 Absatz 2 BüG.

<sup>3</sup> Das kantonale Amt ist zuständig, wenn im Gesetz oder in einer Verordnung nichts anderes bestimmt ist.

---

<sup>1)</sup> BGS [111.1.](#)

<sup>2)</sup> BGS [112.11.](#)

<sup>3)</sup> SR [141.0.](#)

<sup>4)</sup> SR [211.112.2.](#)

<sup>5)</sup> BGS [112.11.](#)

<sup>6)</sup> SR [141.0.](#)

# 112.12

## § 2 *Gesuch und Entscheid*

### *a) Ausländische Staatsangehörige*

<sup>1</sup> Ausländische Staatsangehörige reichen das Gesuch um Einbürgerung beim Gemeindepräsidenten oder bei der Gemeindepräsidentin der Bürgergemeinde ein.

<sup>2</sup> Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin der Bürgergemeinde sorgt für die notwendigen Erhebungen und reicht die Akten dem kantonalen Amt zur Vorprüfung ein.

<sup>3</sup> Nach Vorprüfung der Akten durch das kantonale Amt beschliesst das zuständige Organ der Bürgergemeinde über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts.

<sup>4</sup> Nach Rechtskraft der Bürgerrechtszusicherung übermittelt der Gemeinderat die Akten dem kantonalen Amt.

<sup>5</sup> Das kantonale Amt leitet die Akten mit Bericht und Antrag an die Fachkommission Bürgerrecht weiter. Diese prüft, ob das kantonale Bürgerrecht zugesichert werden kann.\*

<sup>6</sup> Das kantonale Amt holt die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung ein.\*

### *§ 3 b) Schweizer Bürger und Bürgerinnen*

<sup>1</sup> Das Verfahren nach § 2 Absätze 1–4 gilt auch für Schweizer Bürger und Bürgerinnen, die um Aufnahme in das Kantonsbürgerrecht ersuchen.

### *§ 4 c) Kantonsbürger und Kantonsbürgerinnen*

<sup>1</sup> Die Bürgergemeinde teilt dem kantonalen Amt mit Protokollauszug Einbürgerungen sowie Entlassungen aus dem Gemeindebürgerrecht zuhanden des schweizerischen Zivilstandsregisters (INFOSTAR) mit.

## § 5 *Gesuchsunterlagen*

<sup>1</sup> Dem Einbürgerungsgesuch müssen folgende Ausweise beigelegt werden:

- a) Zivilstandsdokumente im Original (Familienausweis bzw. Ausweis über den registrierten Familienstand oder Personenstandsausweis), nicht älter als 6 Monate, sowie sofern vorhanden, das Familienbüchlein und den Familienschein;
- b)\* Bescheinigung über die Dauer der Niederlassung in der Einbürgerungsgemeinde, Auszug aus dem Zentralstrafregister sowie aus dem Betreibungs- und Konkursregister, alle nicht älter als 2 Monate;
- c)\* Bescheinigung über frühere Niederlassungen im Kanton;
- d) Ausweise über Einkommen und Vermögen.

<sup>2</sup> Ausländische Staatsangehörige müssen überdies vorlegen:

- a)\* Bestätigung über den registrierten Personenstand für ausländische Staatsangehörige und Staatenlose (für Einzelpersonen), Familienausweis (für Ehegatten) oder Partnerschaftsausweis (für eingetragene Partnerschaften), jeweils nicht älter als 6 Monate sowie eine Kopie des Ausländerausweises;
- b)\* einen Lebenslauf;
- c) Bestätigung über den Besuch eines staatsbürgerlichen Unterrichtes oder eines Neubürgerkurses;
- d)\* sofern die Gesuchsteller anerkannte Flüchtlinge sind: den Asylentscheid der zuständigen Bundesbehörde und den Reiseausweis;

- e)\* Nachweis über ausreichende Deutschkenntnisse (schriftlich Referenzniveau A2 und mündlich Referenzniveau B2 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens des Europarates für Sprachen);
- f)\* Aktuelle Arbeits-, Ausbildungs- oder Weiterbildungsbestätigung oder Ausweis über Leistungen Dritter, auf die ein Rechtsanspruch besteht (z.B. Leistungen einer Sozialversicherung oder Unterhaltsansprüche).

<sup>3</sup> Die Bürgergemeinde und das kantonale Amt können weitere Unterlagen verlangen. Sie können bei der Kantonspolizei Informationen über die Gestuchsteller einholen.

<sup>4</sup> Die jeweiligen Einwohnergemeinden werden über ordentliche Einbürgerungsgesuche ausländischer Staatsangehöriger informiert. Sie können zum Einbürgerungsgesuch schriftlich Stellung nehmen.\*

#### *§ 5<sup>bis</sup>\* Aufnahme der Stimmberechtigten; Gelöbnis*

<sup>1</sup> Das Gelöbnis wird vom Gemeindepräsidenten oder von der Gemeindepräsidentin oder von einem anderen Mitglied des Gemeinderates abgenommen.

<sup>2</sup> Die Gelöbnisformel lautet: "Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten und alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert, und alles zu unterlassen, was ihm schadet".

#### *§ 5<sup>ter</sup>\* Abgabe von Unterlagen an die Stimmberechtigten*

<sup>1</sup> Die Einwohnergemeinden geben den Jungbürgerinnen und Jungbürgern sowie den Neubürgerinnen und Neubürgern je ein Exemplar der Bundes- und Kantonsverfassung sowie ein Erinnerungsblatt ab. Die Unterlagen werden von der Staatskanzlei unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

<sup>2</sup> Die Einwohnergemeinden sorgen für den persönlichen Eintrag auf dem Erinnerungsblatt.

## **2. Heimatschein**

#### *§ 6 Heimatschein*

<sup>1</sup> Volljährige Schweizer Bürger und Bürgerinnen haben Anspruch auf einen Heimatschein.\*

<sup>2</sup> Minderjährige, die nicht bei ihren Eltern leben oder nicht das gleiche Bürgerrecht wie die Eltern besitzen, und Personen unter umfassender Beistandschaft können mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung einen Heimatschein beanspruchen.\*

#### *§ 7 Ausstellung, Formular*

<sup>1</sup> Der Heimatschein wird beim zuständigen Zivilstandsamt beantragt.

<sup>2</sup> Der Zivilstandsbeamte oder die Zivilstandsbeamtin erstellt den Heimatschein aufgrund des schweizerischen Zivilstandsregisters (INFOSTAR).

#### *§ 8 Unterschriften*

<sup>1</sup> Der Heimatschein wird vom Zivilstandsbeamten oder der Zivilstandsbeamtin unterzeichnet.

# 112.12

## § 9 *Aufsicht*

<sup>1</sup> Das kantonale Amt beaufsichtigt die Ausstellung der Heimatscheine im Rahmen der Zivilstandsaufsicht.

## § 10\* ...

## § 11\* ...

## 3. Schlussbestimmungen

### 3.1. Bisheriges Recht\*

#### § 12 *Aufhebung bisherigen Rechts*

<sup>1</sup> Die Vollzugsverordnung zum Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsverordnung) vom 28. September 1993<sup>1)</sup> wird rückwirkend per 31. Dezember 2005 aufgehoben.

### 3.2. Übergangsbestimmungen zur Teilrevision vom 10. Januar 2023\*

#### § 12<sup>bis</sup>\* *Noch hinterlegte Heimatscheine*

<sup>1</sup> Nach bisherigem Recht noch bei der Niederlassungsgemeinde hinterlegte Heimatscheine sind den Inhabern oder den Inhaberinnen auf deren Verlangen, spätestens jedoch bei der Abmeldung aus der Niederlassungsgemeinde, zurückzugeben.

<sup>2</sup> Verlässt eine Person die Niederlassungsgemeinde ohne sich abzumelden, ist der Heimatschein von der betreffenden Niederlassungsgemeinde für sechs Monate aufzubewahren und anschliessend zu vernichten.

<sup>3</sup> Gegenstandslos gewordene Heimatscheine sind von der Einwohnerkontrolle der betreffenden Niederlassungsgemeinde zu vernichten.

### 3.3. Inkrafttreten\*

#### § 13 *Inkrafttreten*

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2006 in Kraft.

<sup>2</sup> Vorbehalten bleibt das Einspruchsrecht des Kantonsrats.

Die Einspruchsfrist ist am 23. Februar 2007 unbenutzt abgelaufen.  
Publiziert im Amtsblatt vom 2. März 2007.

---

<sup>1)</sup> GS 92,924 (BGS 112.12).

## \* Änderungstabelle - Nach Beschluss

| Beschluss  | Inkrafttreten | Element             | Änderung   | GS Fundstelle |
|------------|---------------|---------------------|------------|---------------|
| 03.09.2012 | 01.01.2013    | § 6 Abs. 1          | geändert   | GS 2012, 55   |
| 03.09.2012 | 01.01.2013    | § 6 Abs. 2          | geändert   | GS 2012, 55   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 1 Abs. 1, c)      | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 1 Abs. 1, d)      | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 1 Abs. 2, b)      | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 1 Abs. 2, c)      | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 1 Abs. 2, e)      | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 2 Abs. 5          | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 2 Abs. 6          | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 5 Abs. 2, b)      | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 5 Abs. 2, d)      | geändert   | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 5 Abs. 2, e)      | eingefügt  | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 5 Abs. 2, f)      | eingefügt  | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 5 Abs. 4          | eingefügt  | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 5 <sup>bis</sup>  | eingefügt  | GS 2017, 48   |
| 23.10.2017 | 01.01.2018    | § 5 <sup>ter</sup>  | eingefügt  | GS 2017, 48   |
| 10.01.2023 | 01.01.2024    | § 5 Abs. 1, b)      | geändert   | GS 2023, 1    |
| 10.01.2023 | 01.01.2024    | § 5 Abs. 1, c)      | geändert   | GS 2023, 1    |
| 10.01.2023 | 01.01.2024    | § 10                | aufgehoben | GS 2023, 1    |
| 10.01.2023 | 01.01.2024    | § 11                | aufgehoben | GS 2023, 1    |
| 10.01.2023 | 01.01.2024    | Titel 3.1.          | eingefügt  | GS 2023, 1    |
| 10.01.2023 | 01.01.2024    | Titel 3.2.          | eingefügt  | GS 2023, 1    |
| 10.01.2023 | 01.01.2024    | § 12 <sup>bis</sup> | eingefügt  | GS 2023, 1    |
| 10.01.2023 | 01.01.2024    | Titel 3.3.          | eingefügt  | GS 2023, 1    |
| 27.02.2024 | 01.07.2024    | § 5 Abs. 2, a)      | geändert   | GS 2024, 2    |
| 04.03.2025 | 01.01.2026    | § 5 Abs. 2, e)      | geändert   | GS 2025, 7    |

**\* Änderungstabelle - Nach Artikel**

| <b>Element</b>      | <b>Beschluss</b> | <b>Inkrafttreten</b> | <b>Änderung</b> | <b>GS Fundstelle</b> |
|---------------------|------------------|----------------------|-----------------|----------------------|
| § 1 Abs. 1, c)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 1 Abs. 1, d)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 1 Abs. 2, b)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 1 Abs. 2, c)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 1 Abs. 2, e)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 2 Abs. 5          | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 2 Abs. 6          | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 5 Abs. 1, b)      | 10.01.2023       | 01.01.2024           | geändert        | GS 2023, 1           |
| § 5 Abs. 1, c)      | 10.01.2023       | 01.01.2024           | geändert        | GS 2023, 1           |
| § 5 Abs. 2, a)      | 27.02.2024       | 01.07.2024           | geändert        | GS 2024, 2           |
| § 5 Abs. 2, b)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 5 Abs. 2, d)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | geändert        | GS 2017, 48          |
| § 5 Abs. 2, e)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | eingefügt       | GS 2017, 48          |
| § 5 Abs. 2, e)      | 04.03.2025       | 01.01.2026           | geändert        | GS 2025, 7           |
| § 5 Abs. 2, f)      | 23.10.2017       | 01.01.2018           | eingefügt       | GS 2017, 48          |
| § 5 Abs. 4          | 23.10.2017       | 01.01.2018           | eingefügt       | GS 2017, 48          |
| § 5 <sup>bis</sup>  | 23.10.2017       | 01.01.2018           | eingefügt       | GS 2017, 48          |
| § 5 <sup>ter</sup>  | 23.10.2017       | 01.01.2018           | eingefügt       | GS 2017, 48          |
| § 6 Abs. 1          | 03.09.2012       | 01.01.2013           | geändert        | GS 2012, 55          |
| § 6 Abs. 2          | 03.09.2012       | 01.01.2013           | geändert        | GS 2012, 55          |
| § 10                | 10.01.2023       | 01.01.2024           | aufgehoben      | GS 2023, 1           |
| § 11                | 10.01.2023       | 01.01.2024           | aufgehoben      | GS 2023, 1           |
| Titel 3.1.          | 10.01.2023       | 01.01.2024           | eingefügt       | GS 2023, 1           |
| Titel 3.2.          | 10.01.2023       | 01.01.2024           | eingefügt       | GS 2023, 1           |
| § 12 <sup>bis</sup> | 10.01.2023       | 01.01.2024           | eingefügt       | GS 2023, 1           |
| Titel 3.3.          | 10.01.2023       | 01.01.2024           | eingefügt       | GS 2023, 1           |